der italienische Anarchist auf Befragen, es sei nichts leichter, als Höllenmaschinen herzustellen. In Lugano z. B. würde die Fabrikation derselben ganz offenkundig betrieben. Die Anarchistenpartei charakterisirte er mit den Worten: „Bei uns entfallen auf je 20 Mann immer 3 Polizisten, 12 Canaillen, 3 Leute, von denen man weder Herkunft noch Namen kennt, und 2 entschlossene Bursche." — Wie es in Paris aussieht, welche Angst dort die Gemüther erfaßt hat, darüber wird heute wieder gemeldet, daß der Scharfrichter Deibler, welcher Ravachol henkte, fortwährend viele Drohbriefe erhält, in Folge dessen der Hauswirth ihm die Wohnung gekündigt hat, dem Wirthe aber haben wieder sämmtliche Hausbewohner gekündigt. Angeblich befaßt die französische Regierung sich gegenwärtig mit „Erwägungen", ob sie alle ausländischen Anarchisten ausweisen soll. Es ist wirklich recht erbaulich, daß in einem derartigen Schreckenszustand, wie er zur Zeit über Paris hereingebrochen ist, die Regierung erst noch lange Erwägungen anstellt, wie sie mit den anarchistischen Verschwörern zu verfahren hat.

Die amerikanischen Blätter besprechen natürlich die Wahl Cleveland's in ausgiebiger Weise. Der „New-York Herald" schreibt: „Das Volk hat entschieden, daß die Republik der Vereinigten Staaten keine Oligarchie sei." Der New-Yorker „World" sagt, der Sieg der Demokratie setze den großen Ausgaben und der Corruption ein Ende." Andere Blätter feiern mit Begeisterung den Sieg Cleveland's und behaupten, daß durch denselben der Handel einen neuen Aufschwung gewinnen werde. Der in Chicago erscheinende „News Recorder" sagt, der jüngste Wahltag sei „für den Kinlezismus ein Waterloo" gewesen. — Wir haben bereits hervorgehoben, wie viel die Deutschen zu der Wahl Cleveland's beigetragen haben. Ihnen, die bisher der Mehrzahl nach zu den Republikanern hielten, ist diesmal in der That der Sieg der Demokraten zu einem wesentlichen Theil zu danken. Die Erklärung liegt zum Theile darin, daß Cleveland stets große Anerkennung und Vorliebe für deutsches Wesen kundgegeben hat. Vor neun Jahren, als er noch Gouverneur von New-York war, sagte er in einer Rede auf dem Sängerfeste zu Buffalo: „Nichts drängt sich meinem Geiste hier mehr auf, als daß wir dem deutschen Elemente in unserem Volke sehr viel schulden. Der Fleiß und die Geschicklichkeit der Deutschen haben ganz außerordentlich viel zu unserem Wachsthum und Gedeihen beigetragen. Die traurigen und fast feierlichen Opfer amerikanischer Ueberarbeitung mögen von ihnen lernen, daß eine Arbeit sehr gut ausgeführt werden könne, dabei aber doch auch Erholung und gesellschaftliche Vereinigungen ihren wohlberechtigten Platz in einem geschäftigen Leben haben. Sie brachten uns ihre Musik und ihren Gesang, die so viel zu unserer Erhebung, Verfeinerung und Besserung beigetragen haben." Und bei einem anderen deutschen Feste, das voriges Jahr in Buffalo stattfand, faßte Cleveland sein Urtheil über die Deutschen in folgende Sätze: „Lasset uns Alle die deutschen Charakterzüge immer weiter entwickeln! Je mehr dies geschieht, um so mehr werden wir gewinnen. Wir hatten sie seit dem Anbeginne unserer Geschichte; sie haben jedem einzelnen Tag im Leben unseres Volkes beeinflußt, sie gehören zu jenen Charakterzügen, zu deren Förderung unsere Regierung eingesetzt ward, sie sind wesentlich für die Sicherheit und das Gedeihen unseres Volkes." Diese Worte sind den Deutsch-Amerikanern in dem großen Meeting, das am 27. October in New-York stattfand, durch Dr. Joseph Seaner ins Gedächtniß gerufen worden, und sie haben ihre Wirkung nicht verfehlt.

Deutsches Reich.

Berlin, 11. November. In der „Germania" lesen wir folgende bezeichnende Drohung aus Württemberg: „Es ist in katholischen Kreisen sehr übel und mißfällig aufgenommen worden, daß sich der der „Demokratischen Volkspartei" angehörende Reichstagsabgeordnete Pflüger gegen die Aufhebung des Jesuitengesetzes ausgesprochen hat. Seinen Anhängern protestantischen Bekenntnisses in Gerabronn und Umgebung mochte es wohl gefallen, daß er sich gegen eine selbstverständliche katholische Rechtsforderung erklärte; aber die Centrumswähler denken in diesem Puncte anders, und Herr Pflüger hätte sich erinnern sollen, daß er nur mit Hilfe von Centrumsstimmen in den deutschen Reichstag einziehen konnte. Man hat von der schmählichen Haltung des volksparteilichen Abgeordneten gebührend Vormerkung genommen, und wenn es wieder einmal zur Wahl geht, wird man sich dessen erinnern und die Abstimmung danach einrichten." Wir empfehlen diese Drohung besonders jenen Conservativen, die so gern Hand in Hand mit dem Centrum gehen möchten, zur Beachtung. Sie werden daraus ersehen, was das Centrum auch von ihnen für seine Unterstützung fordert. Wer solche Unterstützung genießen will, hat auf seine Ueberzeugung und die seiner protestantischen Wähler Verzicht zu leisten und lediglich nach den Wünschen und Forderungen der ultramontanen Hilfstruppen sich zu richten.

△ **Berlin**, 11. November. Die dem Abgeordnetenhause jetzt vorliegenden Steuergesetzentwürfe enthalten einen so überreichen Stoff und es kommen dabei so viele verschiedenartige Gesichtspuncte in Betracht, daß wohl noch geraume Zeit vergehen wird, ehe von einer überwiegenden Stimmung im Hause gesprochen werden kann oder die Grundlagen einer Verständigung einigermaßen sicher sich übersehen lassen werden. Es dürften auch in allen Fractionen in Haupt- und Einzelfragen mancherlei entgegengesetzte Strömungen vorhanden sein, wie es kaum anders möglich ist bei einer die ganze Vertheilung der öffentlichen Lasten so tief berührenden Reform. In manchen Grundbestandtheilen werden die Vorlagen wohl nahezu einmüthige Zustimmung finden, gegen andere wird sich noch viel Widerspruch erheben, so namentlich gegen die Vermögenssteuer, und es ist jetzt noch verfrüht, voraussehen zu wollen, ob und wie sich ein Ausgleich herstellen läßt. Auch in der Generalerörterung wird, wie man annehmen muß, die Stellung der meisten Parteien noch eine sehr zurückhaltende und vorsichtige sein und der Schwerpunct wird dann in langwierige Commissionsberathungen fallen. Es heißt bereits, Herr von Huene solle zum Vorsitzenden dieser wichtigen Commission ernannt werden. Das Centrum hat in seiner Presse bisher eine ziemlich entgegenkommende Haltung gegenüber den Grundzügen der Steuerreform eingenommen und man wird auch auf diese Partei für eine einer Verständigung geneigte Mehrheit rechnen dürfen. Zur Noth wäre sie aber auch vielleicht entbehrlich. Denn im Abgeordnetenhause liegen glücklicher Weise die Parteiverhältnisse nicht so, daß nichts mehr ohne das Centrum zu Stande kommen kann. Je schwieriger die Finanzverhältnisse im Reich bei den immer wachsenden Ausgaben und der nahezu erreichten Grenze der Beschaffung neuer Einnahmen werden, um so rathsamer ist es, die Finanzen der Einzelstaaten in eine feste, dauernde und den fortgeschrittenen Bedürfnissen entsprechende Ordnung zu bringen. Erfreulicher Weise schließt die „Kreuzztg." einen Artikel über die Steuerreformvorlagen mit folgenden Sätzen: „Alles in Allem wird man zugeben müssen, daß der vreigetheilte Steuerentwurf eine nach großen Gesichtspuncten einheitlich gedachte und durchgearbeitete Vorlage ist, auf deren Zustandekommen trotz aller Wünsche und Bedenken im Einzelnen wir im Interesse des öffentlichen Wohles nur hoffen können." Auch uns wird bestätigt, daß die Vorlagen bei der conservativen Partei eine sehr günstige Aufnahme gefunden haben.

* **Berlin**, 11. November. Der Pariser „Temps" macht einen erneuten Versuch, die auf dem deutsch-französischen Abkommen vom Jahre 1885 beruhende Abgrenzung der deutschen und französischen Interessengebiete im Hinterlande von Kamerun zu verwirren. Frankreich hat sich nach dem genannten Vertrage bekanntlich verpflichtet, sich nördlich der Linie von der Mündung des Campoflusses bis zum 15. Längengrad d. L. von Greenwich jeder politischen Einwirkung zu enthalten. Dagegen weiß der „Temps" in seinem neuen Angriff vom 8. d. M. nichts einzuwenden, als die ironische Frage, wo denn eigentlich nordwärts dieser Linie die deutsche Interessensphäre aufhöre, ob am Tschadsee, in Bornu oder in Tripolis und Tunesien. Darauf erwidert die „Norddeutsche Allgem. Ztg." mit Recht:

„Wenn zwei europäische Staaten ihre „Interessensphären" in Afrika abtheilen, so kommen naturgemäß nur solche Gebietstheile in Frage, die sich noch nicht im Besitze irgend einer civilisirten Macht befinden, die also „herrenlos" in diesem Sinne sind; damit ist auch die räumliche Anwendbarkeit solcher Verabredungen scharf begrenzt. Die Verpflichtung, sich nördlich, südlich, westlich u. s. w. einer geographischen Linie der politischen Einwirkung zu enthalten, hört an dem Puncte auf, wo bereits geordnete Besitzverhältnisse beginnen. Die Antwort ist so einfach und so selbstverständlich, daß der „Temps" bei einigem Nachdenken sie selbst hätte finden können, und zwar um so eher, als die von uns vertretenen Grundsätze bisher bei allen Uebereinkommen ähnlicher Art zur Anwendung gelangt sind."

Damit wird der „Temps" sich beruhigen müssen. Mit Frankreich hat sich Deutschland überhaupt nicht um die Nordgrenze der deutschen Interessensphäre im Hinterland von Kamerun auseinanderzusetzen. Vorläufig ist die Nordgrenze vom Rio del Rey gegen das englische Gebiet bis oberhalb Jola am Benue gezogen und weiteren Vereinbarungen zwischen England und Deutschland wird es obliegen, auch diese Nordlinie zum Tschadsee fortzuführen.

— Von der Nachricht, daß der Kaiser das Protectorat über sämmtliche Feuerwehren Preußens übernommen und für Anzeichnung der Feuerwehrleute einen Orden in Aussicht gestellt habe, ist, der „N. Pr. Ztg." zufolge, in amtlichen Kreisen nichts bekannt. Vor längerer Zeit sollen wohl freiwillige Feuerwehren eine derartige Bitte ausgesprochen, aber keinen Erfolg erzielt haben.

— Während manche Regierungen, die auf der Brüsseler Münzconferenz vertreten sein werden, vier, fünf und noch mehr Delegirte ernannt haben, unter denen sich auch Männer der Wissenschaft und bekannte Vertreter bestimmter Richtungen in der Währungspolitik befinden, hat sich die deutsche Regierung, wie schon kurz mitgetheilt, darauf beschränkt, neben dem Gesandten, Grafen von Alvensleben, je einen Beamten aus dem Reichsschatzamt und dem Bankdirectorium mit der Vertretung zu beauftragen. Es entspricht dies vollkommen der neutralen Haltung, die das deutsche Reich, zufrieden mit seinen eigenen Währungsverhältnissen, zu den internationalen währungspolitischen Fragen einnimmt. Wie selbst die besonnenen Anhänger der Doppelwährungstheorie einräumen, kann Deutschland unter keinen Umständen daran denken, von seiner Goldwährung abzuweichen, so lange England nicht zu einem anderen System übergeht. Da eine solche Wendung ganz ungewiß ist und einstweilen jedenfalls nicht nahe bevorsteht, mangelt es für das deutsche Reich an dem praktischen Interesse, das es veranlassen könnte, an den Berathungen internationaler Münzconferenzen anders als in abwartender Haltung theilzunehmen. Die deutschen Vertreter in Brüssel sollen nach dem „Hamb. Corr." angewiesen sein, diesen Standpunct zum Ausdruck zu bringen.

— An Stelle des verstorbenen Hafenclever ist Corvetten-Capitain von Kries zum Marineattaché in London ernannt worden.

— Die „Nordd. Allg. Ztg." begrüßt in ihrem heutigen Leitartikel den Wahlsieg des amerikanischen Präsidenten Cleveland sehr sympathisch, glaubt aber nicht, daß sofort ein allgemeiner Umschwung in der Zollpolitik der Vereinigten Staaten eintreten wird; es sei vielmehr anzunehmen, daß die einem vollständigen Prohibitivsystem zustrebende Tendenz Widerstand erfahren und die Reciprocität in den Verträgen mit den südamerikanischen Staaten nicht weiter an Umfang gewinnen werde.

— Der „Schles. Ztg." zufolge findet die Conferenz des evangelischen Ober-Kirchenrathes mit dem General-Superintendenten der alten Provinzen am 15. November statt. Es handelt sich dabei, wie schon mitgetheilt, um den Fall Harnack. — Der Generalsynodalrath ist auf den 30. November einberufen worden.

— Wegen Beleidigung der höheren Officiere der Garnison Brandenburg wurde gestern der verantwortliche Redacteur des „Berliner Tageblattes", Fr. Harich, von der ersten Strafkammer des Landgerichts I zur Verantwortung gezogen. Unter Anklage gestellt war ein aus einer Potsdamer Correspondenz entnommener Artikel, wonach die Tochter eines höheren Officiers in Brandenburg plötzlich verschwunden und gleichzeitig der Bursche ihres Vaters in ein anderes Regiment außerhalb Brandenburgs versetzt sein sollte. Der Angeklagte bestritt die Absicht einer Beleidigung und stützte sich auf die Zuverlässigkeit der fraglichen Correspondenz. — R.-A. Mosse erklärte sich zur Führung des Wahrheitsbeweises bereit und nannte dem Gerichtshofe in der weiteren, unter Ausschluß der Oeffentlichkeit geführten Verhandlung einen bestimmten Namen. Zur Sache wurde auch der als Zeuge geladene Ober-Bürgermeister Reuscher aus Brandenburg vernommen. Der Gerichtshof lehnte die Erhebung des Wahrheitsbeweises ab, da, selbst wenn in der Familie des namhaft gemachten höheren Officiers sich ein ähnlicher Vorfall ereignet haben sollte, dies den Angeklagten doch nicht straflos mache. Gerade die allgemein gehaltene Form der Notiz sei es, durch welche sich jeder höhere Officier der Garnison Brandenburg verletzt fühlen konnte, da jeder Einzelne von ihnen glauben durfte, daß die Leser die Notiz auf ihn beziehen könnten. Der Staatsanwalt beantragte 9 Monate Gefängniß, während Rechtsanwalt Mosse nochmals jede beleidigende Absicht bestritt und auf den winzigen äußeren Umfang jener Notiz hinwies. — Der Gerichtshof bezweifelte nicht, daß der Angeklagte den Artikel in gutem Glauben aufgenommen habe, hielt jedoch die beleidigende Absicht für klar auf der Hand liegend und war der Meinung, daß oft gerade der Inhalt solcher kleinen Notizen im Volke wie ein Bacillus fortwuchere. Aus diesen Gesichtspuncten erkannte er auf 1000 ℳ Geldbuße oder hundert Tage Gefängniß.

— Nach der Thronrede liegt, wie bekannt, nur die Absicht vor, die Gehalte der mittleren Beamten aufzubessern. Danach scheint es fast so, als ob auch in dem nächsten Etat die Bibliotheks-Beamten gänzlich unberücksichtigt bleiben sollten. Bei der von allen Sachverständigen anerkannten äußerst bedenklichen Lage, in der sich diese befinden, würde das um so bedauerlicher sein, als im Landtage schon wiederholt oft dringend gewünscht worden ist, daß hier nicht endlich die bessernde Hand angelegt wird. Hoffentlich gelingt es der Thatkraft des Finanzministers noch in letzter Stunde, in den Etat die zur Aufbesserung der Gehalte dieser Beamten nöthige, wahrlich nicht große Summe einzustellen.

— Die technische Commission für pharmaceutische Angelegenheiten wird in den Tagen vom 12. bis 16. December zusammentreten. Bei den Berathungen der Commission handelt es sich nach dem Wortlaut der Einladung um Bestimmungen über Einrichtung und Betrieb der Apotheken, sowie um eine Anweisung zur amtlichen Besichtigung der Apotheken u. s. w. Ausgeschlossen sind Erörterungen über Neugestaltung des Apothekenwesens, die Standesvertretung und die Vorbildung der Apotheker. Außerdem wird die Commission noch mit der Erörterung zweier die Arzneitaxe betreffenden Fragen befaßt werden; und zwar wird seitens des Herrn Ministers angeregt, daß in die Taxe thunlichst nur eine Art von Gefäßen aufgenommen werde. Der zweite Punct handelt von der Berechnung der Lösungen von Salzen mit Extracten.

— Am 15. ds. sollen, nach dem „Vorwärts", drei große Volksversammlungen stattfinden, in welchen man Stellung nehmen will gegen die angebliche Absicht der Pferdebahn- und Omnibus-Gesellschaften, einer größeren Anzahl von Pferdebahn- und Omnibuskutschern wegen deren Theilnahme an socialdemokratischen Bestrebungen zu kündigen.

— Der Petitionsausschuß der Stadtverordneten-Versammlung hat in seiner letzten, unter Vorsitz des Stadtverordneten Banke stattgehabten Sitzung beschlossen, der Versammlung vorzuschlagen, über die Petition wegen Herbeiführung von Maßnahmen zur Beseitigung des Nothstandes widerwillig feiernder Arbeiter zur Tagesordnung überzugehen.

— Der Rechenschaftsbericht des Berliner Hilfscomités zur Linderung der Hungersnoth in Rußland 1891/92 ist erschienen. Danach ist es den Comité gelungen, 264 000 ℳ für die Nothleidenden zusammenzubringen.

* **Potsdam**, 11. November. Der Kaiser ist heute Abend kurz vor 10 Uhr auf der Wildpark-Station wieder eingetroffen.

* **Apenrade**, 11. November. Bei der heutigen Stadtverordnetenwahl siegten die deutschnationalen Candidaten mit überwältigender Mehrheit.

□ **Lübeck**, 11. November. Der Cassirer des deutschen Metallarbeiter-Verbandes, Gustav Krause, hat sich unter Hinterlassung eines Cassendeficits heimlich von hier entfernt.

* **Neiße**, 11. November. Der Magistrat will gegen die Entscheidung des Cultusministers wegen des Realgymnasiums das Oberverwaltungsgericht anrufen und gegen den Director der Anstalt wegen beleidigender Kritik des Magistratsbeschlusses das Disciplinarverfahren beantragen.

§ **Magdeburg**, 11. November. Die zweite Strafkammer des Landgerichts verurtheilte den Redacteur der socialdemokratischen „Volksstimme", Dr. Luz, und den Socialdemokraten Kaßner wegen Beleidigung des Militairstandes zu einer Geldstrafe von je 50 ℳ. Es handelte sich um die Veröffentlichung eines von Kaßner herrührenden „Eingesandt" in der „Volksstimme", worin die Mißhandlung eines Civilisten durch Soldaten mitgetheilt und dazu bemerkt wurde: „Künftighin wird man gut thun, den Soldaten überhaupt aus dem Wege zu gehen." Redacteur Luz sei, so stellte der Gerichtshof fest, für das „Eingesandt" nach §. 20 des Preßgesetzes verantwortlich.

* **Münster**, 11. November. Das amtliche Ergebniß der heute stattgehabten Ersatzwahl zum Abgeordnetenhause im 5. Münster'schen Wahlkreise an Stelle des zurückgetretenen Abgeordneten Pellengahr ist Folgendes: Amtsgerichtsrath Willebrand (Centrum) erhielt 268 Stimmen und ist gewählt, der Gegencandidat Gutsbesitzer Darup (ebenfalls Centrum) erhielt nur 100 Stimmen. Ueber die Stimmenzahl, welche der dritte Centrumscandidat auf sich vereinigte, liegen noch keine Nachrichten vor.

* **Aus Südhannover**, 10. November. Angesichts des Umstandes, daß die glatte Weberei nur noch kärglichen Verdienst abwirft, hat der Landrath des Kreises Einbeck, in welchem viel Hausweberei betrieben wird, dringend aufgefordert, zur Musterweberei (Jacquard- und Damastweberei) überzugehen und hierzu die helfende Hand geboten. Bei der unter Staatscontrole stehenden Webeschule in Einbeck werden, wie die „N. A. Z." mittheilt, an jedem Sonnabend Abend zwei Unterrichtsstunden für Musterweberei eingerichtet, so zwar, daß die ländlichen Weber zum Besuch derselben die Eisenbahn benutzen können. Auf Wunsch soll freie Fahrt erwirkt werden. Die Abänderung der alten Webstühle und die Anschaffung einer neuen Schaftmaschine werden etwa 60 ℳ Kosten erfordern; hierzu sollen bedürftigen Webern, welche mit Erfolg am Unterricht theilnahmen, Beihilfen gewährt werden.

⊙ **Remscheid**, 11. November. Die hiesigen Socialdemokraten haben beim Parteitag den Antrag gestellt, zu beschließen, daß der Parteivorstand ein Flugblatt gegen die Militairvorlage herausgeben und solches in Masse unter der Landbevölkerung verbreiten lassen soll.

* **Neuwied**, 11. November. Königin Elisabeth von Rumänien nimmt der „B. Z." zufolge weder an der Hochzeitsfeier des Kronprinzen Theil, noch kehrt sie nach Bukarest zurück.

* **Bingen a. Rh.**, 11. November. Bei der gestern stattgehabten Ersatzwahl zum Gemeinderathe siegten nach der „F. Z." die Candidaten der vereinigten Bürgerpartei mit einer einzigen Ausnahme gegen die der Centrumspartei.

* **Darmstadt**, 11. November. Der langjährige englische Gesandte am hiesigen Hof, Jocelyn, ist gestern Abend am Herzschlag gestorben. (F. J.)

* **München**, 12. November. (Telegramm.) Der frühere Präsident des Verwaltungsgerichtshofes, von Feder, ist heute Nacht hier gestorben. — Die Kaiserin Friedrich und Prinzessin Margarethe von Preußen sind mit dem Prinzen Friedrich Karl von Hessen heute Nachmittag 5½ Uhr hier eingetroffen.

* **Straßburg**, 10. November. Am letzten Sonntag wurde in allen Kirchen des Bisthums Straßburg ein Hirtenbrief des Bischofs Dr. Fritzen in der Angelegenheit der „gemischten Kirchen" verlesen, d. h. derjenigen, die sowohl dem katholischen wie dem evangelischen Gottesdienste dienen. Im ersten Theile des Hirtenbriefes weist der Bischof auf die Mißstände hin, welche die gemischten Kirchen sowohl für die Katholiken als auch für die Protestanten bezüglich der Abhaltung des Gottesdienstes und des Unterhaltes der Gebäude herbeiführen und die dafür sprechen, daß jeder der beiden Theile sein eigenes Gotteshaus besitze. Im zweiten Theil giebt der Bischof die Gründe an, welche speciell vom katholischen Standpuncte aus für den Besitz einer eigenen Kirche sprechen. Im Anschluß daran bestimmt nun der Hirtenbrief, daß jedes Jahr am Feste der Kirchweih in allen Kirchen des Bisthums eine Sammlung zur Beseitigung des Mißstandes veranstaltet werde. Zuletzt spricht der Bischof den Wunsch aus, es möchte das Werk so gefördert werden, daß bald in allen Gemeinden des Elsaß, wo jetzt noch gemischte Kirchen bestehen, jede Cultusgemeinde ihre eigene Kirche besitzen möchte. Nach dem Kirchenkalender für die Diöcese Straßburg sind zur Zeit im Elsaß noch achtzig Kirchen vorhanden, worin Katholiken und Protestanten ihren Gottesdienst abwechselnd abhalten müssen.

Oesterreich-Ungarn.

* **Wien**, 11. November. Morgen trifft der russische Thronfolger in Wien ein, um einen Tag daselbst als Gast des Kaisers zu verweilen. Es kann kein Zweifel darüber aufkommen, daß der Besuch des russischen Thronfolgers, wenn ihm gleich keine die politische Constellation berührende Bedeutung beizumessen ist, doch allseitig als ein Zeichen des unveränderten Fortbestandes der freundschaftlichen Beziehungen zwischen dem Wiener und Petersburger Hofe aufgefaßt werde. — Der Preßausschuß nahm den Antrag des Abgeordneten Jaques an, welcher dahin geht, die Caution für periodische Druckschriften und den Zeitungsstempel aufzuheben und die Colportage freizugeben.

Frankreich.

* **Paris**, 12. November. (Telegramm.) In einer Unterredung des Ministers des Auswärtigen Ribot mit dem schweizerischen Gesandten Lardy über den Zwischenfall Bernoud erklärte Ribot, die Absetzung Bernoud's von

---

Berliner Stimmungsbilder.

Nachdruck verboten.

Im Gegensatz zu den Bestrebungen, unsere Muttersprache von fremden Bestandtheilen zu reinigen, hat sich ein ausländisches Wort bei uns neuerdings ganz besonders eingebürgert: das des „Bacillus". Ueberall begegnen wir diesem fremdartigen Gaste, überall sehen wir seinen Namen, hören wir ihn nennen, folgen wir dem sich an ihn bestraden Schweife der mannigfachsten Erörterungen, und leider bleibt es nicht bei dem Worte, auch der Inhalt desselben kreuzt täglich unseren Weg und läßt uns kaum noch unseres Daseins froh werden, dieses bacillenbarchsetzten Daseins! Und wenn es schließlich noch bei dem medicinischen Bacillus bliebe, zu dessen Bekämpfung und Vertreibung wir ja die Kunst unserer Aerzte haben, aber nein, dieser wichtigthuerische Störenfried drängt sich in die verschiedensten Gebiete des täglichen Lebens und Treibens ein und verschafft sich gebieterisch Gehör, so daß man sich mit ihm beschäftigen muß, ob gut- oder böswillig, das ist ihm gleich. Eine Eigenthümlichkeit dieses Bacillus ist es, daß er nur gelegentlich auftritt, in diesem oder jenem Landestheile, in dieser oder jener Bevölkerungsclasse, daß er bald auf einige Zeit verschwindet, bald von Neuem und dann um so energischer erscheint, daß man seiner nur in den seltensten Fällen Herr werden und ihn endgiltig eigentlich nur vertreiben kann, wenn man seine Forderungen erfüllt. So ist's auch mit dem Ausstellungs-Bacillus, der schon seit Langem in Deutschland umherspukt und selbst den strengsten Maßregeln nicht weicht: er kümmert sich weder um regierungsseitige Befehle, noch um handelskammerliche Verurtheilungen, er spottet der journalistischen Verdammerungen und des vielfachen Daniederliegens von Handel und Wandel, er verkriecht sich hier, um dort aufzutauchen, er macht immer aufs Neue von sich reden, bis er wahrscheinlich doch noch seinen Willen erreicht und über seine Feinde triumphirt. In jüngster Zeit ist dieser Bacillus am stärksten und nachhaltigsten in Berlin aufgetreten; wir haben bereits neulich mitgetheilt, daß das sogenannte Comité der „Vier", jener Herren also, welche die Berliner Gewerbeausstellung von 1879 geleitet, eine Berliner Industrie-Ausstellung für das Jahr 1895 plane, und wie kraftbewußt dieses Comité vorzugehen weiß, zeigt am besten, daß sich demnächst unser Magistrat mit diesem Ausstellungsplane beschäftigen wird und daß auch der „Verein Berliner Kaufleute und Industrieller" bereits in diesen Tagen zu demselben Stellung zu nehmen gedenkt. In dem Rundschreiben dieses sehr einflußreichen Vereins heißt es: „Die große Bedeutung, welche diese Angelegenheit für die kaufmännischen, gewerblichen und industriellen Kreise Berlins, auch im Hinblick auf eine etwaige spätere internationale Ausstellung hat, wird es allen Betheiligten in hohem Grade erwünscht machen, öffentlich Stellung zu nehmen. Wird eine Gewerbeausstellung beschlossen und ins Werk gesetzt, so wird das Unternehmen auch mit jener Begeisterung in Angriff genommen werden müssen, die allein die volle Thatkraft weckt und für die betheiligte Industrie reiche Früchte gewährleistet."

Es scheint also mit dieser Ausstellung Ernst werden zu wollen, wie aus dem Interesse hervorgeht, das die betheiligten Kreise daran nehmen; wird dieses Interesse aber im Reiche, wo der Ausstellungsgedanke durchaus nicht so verstimmert ist, wie man hier an gewisser Stelle anzunehmen beliebt, getheilt werden, wird man nicht dort, und nicht ganz mit Unrecht, sagen: Berlin will wieder einmal etwas für sich haben, es zeigt in hübschem Aufputz nur seine Industrie, und bei dem starken Fremdenzufluß, den die Weltstadt an sich ausübt, schädigt es dadurch direct und indirect die Industrie in den Provinzen, die sowieso nicht auf Rosen gebettet ist und unter der Berliner Concurrenz schon schwer genug zu leiden hat? — — Wir haben eben erwähnt, daß der Ausstellungsbacillus im Reiche durchaus nicht so lebensmüde ist, wie man hier am grünen Tische glaubt oder richtiger zu glauben sich den Anschein giebt; nun wohl, versuche man es doch, wo der Weltausstellungsplan vorläufig für Berlin endgiltig gefallen ist (und es ist nicht allzu schade darum!), versuche man es doch einmal, wie wir schon mehrfach angeregt, mit einer großen nationalen Ausstellung in Berlin, etwa im Jahre 1897, zur Erinnerung an den hundertjährigen Geburtstag unseres großen Heldenkaisers! Aber, bitte, frage und diesere man nicht erst oben herum, schanzenzele man nicht erst um allerlei Protectionen, fasse man die Sache von unten an, interessire man die Kreise der Klein- und Großgewerbetreibenden, belehre man durch Vorträge und Zeitungsartikel über Werth und Ziel der Ausstellung die breiten Schichten des Publicums, weise man dann auf der Ausstellung in übersichtlichen Darstellungen die gewerblichen Errungenschaften unseres Vaterlandes in den letzten hundert Jahren vor, lege man nicht zu viel Werth auf den üblichen Ausstellungsflitter, sondern zeige lieber in Modellen ꝛc. volksdienliche Einrichtungen der Erziehungs-, Gesundheits-, der Waisenpflege, kurz, gebe man der Ausstellung im hehren socialen Sinne einen werthvollen praktischen Hintergrund, und man wird sehen, das Werk dürfte und reichlich für eine Weltausstellung entschädigen und mehr directen Nutzen als eine solche gewähren. Die Worte, die einst, vor elf Jahren, Herr Commerzienrath Kühnemann, der verdienstvolle Leiter jener obigen der Berliner Ausstellung, in einer über eine große deutsche resp. Weltausstellung berathenden Versammlung gesprochen, sie sind auch heute noch richtig und verdienen die regste Beachtung: „Deutsche Gewissenhaftigkeit, deutsche Solidität und Fähigkeit haben uns, die von der Natur am meisten Vernachlässigten, doch zum ersten Volke der Welt gemacht und werden uns als solches bestehen lassen, trotz der von der Natur glücklicher bemaßgten Fremden und trotz der inneren, nicht allzu erfreulichen Zustände. Wir sind aber verpflichtet, vor Experimenten uns zu hüten; wir dürfen uns nicht durch Schmeicheleien verlocken lassen und uns einreden, wir seien eine reiche Stadt und fähig, einen großen Luxus zu treiben. Wir werden das nie werden, wir werden überhaupt aufhören, eine glückliche Stadt zu sein, wenn wir aufhören zu arbeiten und die Wege der Solidität zu wandeln!" — —

Wenn wir aufhören zu arbeiten — verschiedene, einer bestimmten Richtung angehörende Künstler scheinen das Wort „Arbeit" überhaupt aus dem Wörterbuche ihres Lebens ausgestrichen zu haben im Uebermuthe ihres Genialitäts-Gefühls. Aber auch das größte Genie wird nichts Richtiges, nichts Vollkommenes leisten, ohne ernste, ohne gleichbewußte Arbeit. Freilich scheint diese Ansicht mehr und mehr zurückgedrängt zu werden, denn was wir in den letzten Jahren oft auf literarischem und künstlerischem Gebiet vorgesetzt erhielten, es roch wenig von Arbeit, leider meistentheils noch weniger von Genie verspüren! Das Unglaublichste an sogenannter Genialitäts-Hascherei leistet der Maler Munch aus Christiania in seinen 55 gegenwärtig im Ehrensaale der Ausstellungsräume des Vereins Berliner Künstler ausgestellten Bildern und Studien, Weicheiern der schlimmsten Art, in denen wohl gelegentlich ein kräftiges künstlerisches Vermögen aufflackert, das aber sofort erstickt wird durch jene „Ueber-Originalität", welche mit wenigen Ausnahmen geradezu läppisch und kindisch erscheint. Es sind Zerrbilder und Farbenversündigungen, die wir hier erhalten, wahnwitzige Phantasiestücke, die dem verdorbensten Geschmack Räthsel aufgeben, welche höchstwahrscheinlich der Maler selbst nicht zu lösen vermöchte. Die Ausstellung dieses „Apostels einer neuen Kunst", die keine ist, dürfte im Künstler-Verein zu heftigen Auseinandersetzungen und vielleicht zu einer gefährlichen Spaltung führen, denn eine Anzahl angesehener Maler und Bildhauer hat, wie schon mitgetheilt, an den Vorstand des Vereins den Antrag gestellt, jene Munch'sche Ausstellung sofort zu schließen und zwar „aus Hochachtung vor Kunst und ehrlichem künstlerischen Streben, sowie in dem gewiß berechtigten Wunsche, den Verein Berliner Künstler vor dem Verdachte seiner nicht würdiger Unternehmungen zu bewahren." Ein anderer Antrag fordert die Absetzung der gegenwärtigen Ausstellungs-Commission, und ist zu diesem Behufe eine Generalversammlung einberufen worden, in welcher es an einem heftigen Aufeinanderprallen der verschiedenen Ansichten und Richtungen nicht fehlen wird.

Zu einem derartigen Aufeinanderplatzen von gegenüberstehenden Meinungen kam es dieser Tage bereits hier in einer anderen Versammlung und zwar in derjenigen der Gläubiger der Gebrüder Roncher, welch letztere sich in ernsten Zahlungsschwierigkeiten befinden. Wir haben oben das Kühnemann'sche Wort citirt, daß Berlin keine reiche Stadt sei; das Wort ist nur allzu wahr, Berlin ist nicht reich, so gern es sich dies auch selbst vorschwatzt und von allen möglichen Unternehmern, denen der Zweck die Mittel heiligt, einreden läßt; es ist keine Stadt des Luxus und der höchsten Vergnügungssucht, das lehrt uns von Neuem das obige Beispiel des Roncher-Theaters. Mit welchem marktschreierischen Spectakel wurde dasselbe Ende September hier eingeweiht, als wahres Weltwunder stellte man es hin, welches, wie einige aus dem Häuschen gerathene Enthusiasten behaupteten, Berlin erst seinen eigentlichen weltstädtischen Charakter aufprägen würde. Nun, die Probe auf das Exempel ist mißglückt, und die Einzigen, die bei diesem Versuche zu beklagen sind, das sind die kleineren Industriellen und Handwerker, die wahrscheinlich längere Zeit auf ihr Geld warten müssen, als ihnen lieb ist.

Ist dieser „Weltstadt"-Versuch fehlgeschlagen, so begrüßen wir dafür mit desto größerer Freude das Gelingen eines anderen, und zwar die in diesen Tagen erfolgte Eröffnung einer ersten städtischen Volksbadeanstalt, die täglich über siebentausend Bäder verabfolgen kann, selbstverständlich zu niedrigsten Preisen; um ein großes, auch im Winter zu benutzendes Schwimmbassin zieht sich eine beträchtliche Zahl von Mannerzellen und Brausebädern, die sauber und freundlich sind und sich schon jetzt des regsten Besuches erfreuen. Möchte dieses im Nordwesten errichtete erste Volksbad bald viele Nachfolger auch in den übrigen Stadttheilen bekommen, möchten sich andere ähnliche volksthümliche Einrichtungen anschließen, die Berlin zur Ehre dienen, damit unsere Stadt, wenn nicht im Luxus, so doch in dieser Beziehung die übrigen Weltstädte erreiche und sie vielleicht gar übertrumpfe!

Paul Lindenberg.

SLUB
Wir führen Wissen.